

Politikerin und Historiker diskutierten über Zuwanderung

Feindbilder abbauen

Einwanderung nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen notwendig



Keine Probleme hatte Moderatorin Antje Maren Pieper (Mitte) mit den beiden Diskutanten Cornelia Sonntag-Wolgast und Prof. Klaus J. Bade. Foto: André De Geare

Deutschland ist ein Einwanderungsland, wenn auch nicht im klassischen Sinn wie früher USA, Kanada, Australien oder Neuseeland. Deutschland braucht die Zuwanderung aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen, aber auch eine bessere Informations- und Integrationspolitik, um Feindbilder und Ängste vor Überfremdung abbauen zu können.

Dies war die Kernaussage in der Diskussionsveranstaltung, zu der das SiemensForum und der Ausländerbeirat der Stadt Erlangen eingeladen hatten. Zum provozierenden Thema „Heute Greencard – morgen rote Karte? Ausländische Mitbürger in Deutschland“ nahmen als Experten die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Cornelia Sonntag-Wolgast, und der Historiker und Migrationsforscher an der Universität Osnabrück, Professor Klaus J. Bade, Stellung. Die Moderation übernahm Antje Maren Pieper vom ZDF-Länderstudio.

Da es zwischen den beiden Experten kaum unterschiedliche Auffassungen gab, verlief auch die anschließende Diskussion in großer Harmonie. Im Übrigen kannten die beiden Talkgäste Erlangen bereits aus ihrer Studienzeit.

Professor Bade plädierte für eine geregelte Zuwanderung aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen. Freilich werde auch die Zuwanderung nicht die Probleme lösen können, die durch Rückgang und Älterwerden der deutschen Bevölkerung entstehen, das geregelte Zuwanderung mit neuen Ausbildungsinitiativen und Erhöhung des Renteneintrittsalters verbindet.

Eine Überfremdung drohe nicht. Ängste könnten nur abgebaut werden, wenn verstärkte Anstrengungen zur Integration, die er als gleichberechtigte Teilnahme am wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben umschrieb, unternommen werden. Dafür sei ein hoher Kostenaufwand notwendig.

Cornelia Sonntag-Wolgast berichtete über die im Gesetzentwurf zu Zuwanderung vorgesehenen Maßnahmen zur Integration, über das von Kanada übernommene Punktesystem und über die Pflicht der Zuwanderer, in 600 Stunden die deutsche Sprache zu lernen und Spielregeln des deutschen Lebens kennen zu lernen. Sie plädierte für die Zuwanderung von qualifizierten ausländischen Arbeitnehmern.

Trotz 4,3 Millionen Arbeitslosen gäbe es gegenwärtig eine Million offene Stellen, die mit deutschen Kräften nicht besetzt werden können. Sie habe aber auch großes Verständnis für den Ärger mancher qualifizierter älterer deutscher Arbeitnehmer, die oftmals keine Chance gegenüber jungen, leistungsstarken ausländischen Arbeitnehmern haben. Sie warnte davor, die Erwartungen an die Integration zu überfordern, und sie mit Verbrüderung bzw. Verschwesterung zu verwechseln. Ein friedliches und tolerantes Nebeneinander von Deutschen und Ausländern wäre auch schon ein Erfolg.

Schlüsselqualifikation Sprache

In den Sprachkenntnissen sieht auch José Luis Ortega Lleras, Vorsitzender des Erlanger Ausländerbeirates, einen der wichtigsten Integrationsfaktoren.

Wenn jemand neu in Deutschland einreise, sollte er in kürzester Zeit die Sprache so weit beherrschen, dass das Miteinanderleben mit den Mitgliedern dieser Gesellschaft funktionieren kann. Dies bedeute aber nicht, dass die Zuwanderer ihre Herkunft, Sprache und Traditionen an der Grenze abgeben sollen.

In einem Grußwort betonte Oberbürgermeister Siegfried Balleis, dass Erlangen als Hugenottenstadt und weltoffene Siemens- und Universitätsstadt sich intensiv um die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger bemüht. Die kommunalen Maßnahmen reichen von der Verbesserung der Sprachkompetenz über die multikulturelle Erziehung bis zu Verständigung zwischen den Religionen.

Mehr könne man für die Integration nur machen, wenn auch der Bund finanzielle Mittel für diese wichtige Aufgabe zur Verfügung stelle. Balleis' Worte gefielen Frau Sonntag-Wolgast so gut, dass sie hoffe, sie werden auch ins Ohr mancher konservativer Parteifreunde in München und Berlin gelangen. RUDOLF SCHWARZENBACH

*Erlangen Nachrichten
23/24. 2. 2002, S. 2*